

Platzraubbeck

Nr. 4, Juni 2006

DIE LINKE.KÖLN



Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de

Ausbildungsplatz- initiative der Fraktion Die Linke.Köln erfolgreich

Auf der Ratssitzung im Mai konnte Oberbürgermeister Schramma angeblich die Dringlichkeitsvorlage nicht, die zur Unterzeichnung in seinem Büro schmorte. Am 2. Juni war es dann soweit: Per Dringlichkeitsentscheidung wurden 100 Ausbildungsplätze mit den Unterschriften des Oberbürgermeisters und des Fraktionsgeschäftsführers der SPD, Zimmermann, noch für den September bereitgestellt.

Die Linke hatte auf der Ratssitzung im April die Initiative ergriffen und einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht. Viel Unterstützung hat diese Initiative insbesondere bei den Gewerkschaften gefunden. Mit einer öffentlichen Postkartenaktion, die zahlreiche Jugendorganisationen mitgetragen haben, wurde OB Schramma gebeten, den Ratsbeschluss schnell umzusetzen. Auf der letzten Ratssitzung übergab die Fraktion dem OB ca. 1000 unterzeichnete Postkarten.

In einer Erklärung meinte die Fraktion Die Linke.Köln: „Wir freuen uns, vor allem für die vielen Jugendlichen, die so eine Perspektive erhalten. Dabei haben wir

100 Azubis für die Stimmen der PDS

Von ROBERT BAUMANN

Köln – SPD und Grüne wollen auch in Zukunft mit den Stimmen der Linken im Rat Beschlüsse durchpauken. Stellt sich nur die Frage: Was verlangt die PDS dafür?

Ein erstes Zugeständnis von Rot-Grün ist, dass die Stadt jetzt 100 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen muss. Diese Initiative geht auf einen Antrag der Linkspartei zurück, die in der letzten Woche für alle rot-grünen Vorhaben stimmte.

Express 22.5.2006

Ein Recht auf Bildung und Lernmittel – auch für Arbeitslose

Da hatte Rüttgers offensichtlich den Mund zu voll genommen. Auch zukünftige ALG II-BezieherInnen sollten vom Eigenanteil an Lernmitteln befreit werden. Dafür wollte er sich einsetzen. Aber das war noch vor der Landtagswahl. Jetzt ist Rüttgers Ministerpräsident und braucht sein Versprechen nicht zu halten.

Zur Zeit läuft nämlich das Gesetz aus, das den Schülern und Schülerinnen, deren Eltern von der Sozialhilfe in das ALG II geschoben wurden, als Übergangsregelung noch die Befreiung von Lernmitteln (und Schülerfahrten) garantierte. Ab dem Schuljahr 2006/2007 müssen sie die Eigenanteile selbst aufbringen – dank des neuen nordrhein-westfälischen Schulgesetzes, das voraussichtlich am 22.06. dieses Jahres im nordrhein-westfälischen Landtag beschlossen wird. Großzügig wird es nun den Kommunen überlassen, welchen Personenkreis sie noch in die Befreiung vom Eigenanteil einbeziehen.

PDS und GgS hatten am 5.07.2005 bereits einen Antrag in den Rat eingebracht, in dem die Befreiung vom Eigenanteil an Lernmitteln für ALG II-BezieherInnen gefordert wurde. Damals wurde dieser Antrag von der damaligen Koalition – SPD und CDU – in einem Änderungsantrag hoffnungsvoll in eine Resolution an die Landesregierung ersetzt, in der es u. a. heißt: „Bei der Ausweitung des Kreises der Berechtigten ist das Konnexitätsprinzip zu beachten...“ Auch die Begründung ist aufschlussreich: „Der Rat der Stadt Köln und die kommunalen Spitzenverbände halten diese aktuelle Regelung im Schulgesetz für sozial ungerecht und rechtlich problematisch, da sie nicht mit (dem) Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3, Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar ist...“

Man darf gespannt sein, wie vor allem die CDU auf den neuen Antrag der Fraktion Die Linke.Köln reagiert, in dem die Stadt Köln aufgefordert wird, den Eigenanteil für Lernmittel für ALG II-BezieherInnen zu

übernehmen. Verstößt ihre Landesfraktion, die ja dieses Gesetz zusammen mit der FDP beschließen wird, nun gegen das Grundgesetz?

Dass der erneute Antrag der Fraktion Die Linke Köln nicht im luftleeren Raum steht, beweisen die Verlautbarungen des Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Städtetages NRW. In einer Verlautbarung des DGB vom 23.05.06 heißt es u.a.: „Es darf kein Zufall sein, ob Jugendliche Schulbücher bekommen oder nicht. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal erster Güte ... Bei den Regelsätzen des ALG II ist die Eigenbeteiligung für viele nicht tragbar ...“ (DGB-Bezirksvorsitzender Guntram Schneider am 23. Mai vor der Anhörung zum Schulgesetz.)

Der Städtetag NRW äußert sich ähnlich eindeutig: „Die Entscheidung der Landesregierung widerspricht der Ankündigung der Schulministerin vom vergangenen Herbst, alle Langzeitarbeitslosen in die Eigenanteilsregelung einzubeziehen.“ „Die geplante Neuregelung“, so heißt es weiter, „sei sozialpolitisch ein Rückschritt und führe zu einer Ungleichbehandlung von Schülern mit ohnedies geringeren Bildungschancen.“ (Presseerklärung des Städtetages NRW vom 29.3.06)

Geht man von einer Anzahl von 29.162 Sozialgeldempfänger/-innen unter 15 Jahren aus (Stand Februar 2006) und einem Durchschnittsbetrag von 20 Euro Eigenanteil, dann würden auf die Stadt Kosten von ca. 583.240 Euro zukommen. Dieser Betrag ist ein Nichts im Vergleich zu den Kosten, die die CDU für die Befreiung von den Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung fordert.

Auch wenn die Mitglieder des Ausschusses Soziales und Senioren von der Verwaltung darüber informiert wurden, dass eine Befreiung von den Eigenanteilen für alle betroffenen Schülerinnen und Schüler aufgrund des HSK (Haushaltssicherungskonzeptes) nicht gewährt werden kann“, bleibt die Fraktion Die Linke.Köln bei ihrem Antrag. Damit fordert sie, wie früher auch schon mal SPD und CDU, „nur“ die Beachtung des Grundgesetzes und des Konnexitätsprinzips.

Michael Kellner

www.pds-koeln.de
www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de
www.wasg-koeln.de

Fortsetzung von Seite 1

durchgesetzt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden. Weitreichende Konsequenzen hat die Festlegung einer 6%igen Ausbildungsquote ab 2007. Die Durchsetzung dieser Forderung der Fraktion bedeutet weitere 164 Ausbildungsplätze.“

400.000 Euro werden für die 100 Ausbildungsplätze für das Jahr 2006 kurzfristig in den Haushalt eingestellt. Für 2007 sind das dann 1,4 Mio. Euro. Weiterhin müssen 700.000 Euro für die Umsetzung der Ausbildungsquote von 6% bereitstehen, im Jahr 2008 dann zusätzlich 2,2 Mio. Euro.

Damit hat die Fraktion Die Linke.Köln bis 2008 ein Forderungsvolumen von 4,7 Mio. Euro durchgesetzt. Da es jetzt eine feste Ausbildungsquote gibt, bildet die Stadtverwaltung 264 Personen mehr aus. Das sind dann 714 Azubis mit einem zusätzlichen jährlichen Haushaltsvolumen von 3,6 Mio. Euro. Das ist der bisher größte Erfolg der linken Fraktion im Rat.

Ratsfrau Özlem Demirel verweist darauf, dass nun verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Chance bekommen. Gleichzeitig

kann sich Die Linke.Köln mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Die Ausbildungsquote muss auch auf die städtischen Beteiligungunternehmen wie z.B. Rhein-Energie angewandt werden. Noch haben diese Unternehmen nur einen Anteil von 4% Auszubildenden unter ihren Beschäftigten. Lediglich die Stadtparkassen und die Zentren für Senioren und Behinderten bilden mit einem Anteil von 9% überdurchschnittlich viel aus.

Jörg Detjen



20 Azubis beim LVR

Auch im Landschaftsverband Rheinland werden voraussichtlich 20 zusätzliche Ausbildungsplätze eingerichtet. Wir dokumentieren Auszüge aus der Presseerklärung der Linke.PDS-Gruppe.

Dazu erklärt Jörg Detjen, Vorsitzender der Linke.PDS-Gruppe in der Landschaftsversammlung Rheinland: „Wir begrüßen den Verwaltungsvorschlag, weitere Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir hatten bereits im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts im März einen drohenden Abbau von Ausbildungsplätzen kritisiert.“

Detjen weiter: „Um seiner Vorbildfunktion wie bisher gerecht zu werden, sollte der LVR aber auch über eine Ausbildungsquote nachdenken, wie sie die Stadt Köln gerade beschlossen hat. Momentan liegt der Anteil von Auszubildenden an allen Beschäftigten im LVR bei 5,8%. In den Kölner Verwaltungsbetrieben muss eine Quote von mindestens 6% angestrebt werden.“

Stadtverwaltung trickst bei Räumung des Barmer Viertels

Seit dem 1. Juni ist der Kampf um die fast drei Monate besetzte Barmer Siedlung endgültig verloren. Mit dem Abriss der unbesetzten Nebengebäude hatte die Stadt schon vor Wochen begonnen. Nun kam die so schnell nicht erwartete faktische Räumung des Viertels. Unverblümt hatte der Polizeipräsident gegenüber der Kölnischen Rundschau zugegeben, dass „Problem“ noch vor der Weltmeisterschaft lösen zu wollen.

Am Tag vor der Räumung fand ein zwischen Hausbesetzern und Stadtverwaltung vereinbarter Termin statt. Das Bauamt beging zusammen mit einigen Besetzern die Gebäude, um unfallträchtige Hausschäden zu begutachten. Die gleichzeitig angerückte Feuerwehr sowie das Gesundheitsamt wurde aber nicht in die Häuser gelassen. Weil es dafür weder eine Voranmeldung gab, noch die Behörden dringenden Handlungsbedarf geltend machen konnten, wollten die Besetzer einen Termin dafür ausmachen.

Weil der Feuerwehr und dem Gesundheitsamt die Begehung verweigert wurde, so die Lesart der Stadtverwaltung, erzwangen die Behörden dieselbe am nächsten Tag unter Polizeischutz – und zwar um vier Uhr morgens! Dazu wurden die 44 Bewohner aus den Häusern geführt – viele davon in Handschellen – und erkennungsdienstlich behandelt. Danach gingen nicht nur Behördenvertreter zur Begutachtung durch die Häuser, auch Journalisten konnten sich

– von der Polizei geführt sein Bild von der Lage machen.

Sie fanden in erster Linie wenig aufgeräumte Wohnungen mit stark besprühten Wänden und ziemlich schlechte hygienische Zustände vor. Kein Wunder – hatte sich die Stadt doch geweigert, Strom- und Wasseranschlüsse wieder herzustellen. Das von der Fraktion Die Linke.Köln spendierte Dixi-Klo konnte da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein.

Wenn die Räumungsaktion, wie offiziell verlautbart, nur eine polizeilich durchgesetzte Begehung gewesen wäre, hätten die friedlichen Hausbesetzer während der Aktion in den Häusern bleiben können. Wäre es aufgrund der schlechten hygienischen Zustände gesundheitlich bedenklich gewesen, sich in den Häusern aufzuhalten, wären kaum Journalisten durch die Blocks geführt worden.

So bleibt die Begehung eine faktische Räumung. Denn danach wurde der Block abgesperrt. Bewohner durf-

ten nur noch einzeln, in Begleitung der Polizei, zurück, um ihre Sachen zu holen. Danach wurde sofort damit begonnen, die Gebäude zu entkernen und damit unbewohnbar zu machen.

Für 25 obdachlose Punks gibt es inzwischen eine Zwischenlösung. Sie wurden von der Stadtverwaltung in einem Hochhaus in Vingst, das allerdings im Herbst abgerissen wird, untergebracht. Nach der WM muss eine dauerhafte Lösung für diese Punks gefunden werden.

Übrigens: Nach dem Abriss des Barmer Viertels ist immer noch unklar, wie das Gelände künftig bebaut wird, und ob sich überhaupt ein Investor findet.

Andrea Kostolnik



Alfred Neven DuMont – Der Patriarch mobilisiert seine Leser

Mit dem Artikel vom 04. Mai 2006 im Kölner Stadt-Anzeiger unter der Überschrift: „Kleinkrämerei beherrscht die Stadt“ will Neven DuMont seine Leserschaft mobilisieren. Und konstatiert richtigerweise: „Demokratie ist eine feine Sache“.

Er hatte sich für die siegreiche CDU einen beglückenden Neuanfang gewünscht und muss nun erleben, dass Konservative und Liberale immer mehr an Einfluss verlieren. Niederlagen schmerzen, und so beklagt Neven DuMont in seinem Artikel vom 4.5.06:

„Sie stoßen auch die Bürger, die sich engagieren wollen, zurück. Das Wallraf-Richartz-Museum, so ein Beispiel: Geld wird akzeptiert, aber eine moderate Mitwirkung wird zurückgewiesen. Obwohl selbst von wenig Kunstwissen geplagt, will man – mit wenig Geld in der Tasche – lieber trotzig unter sich bleiben: Man schaut sich nicht um, wie es andernorts floriert, Kleinkrämerei beherrscht die Szene, die Mäzene sind gewarnt.“ (1)

Neven DuMont wollte eine Mehrheitsbeteiligung des Stifterrates an der zu gründenden Betreibergesellschaft des Wallraf-Richartz-Museums. Doch der Stadtrat durchkreuzte diese Pläne und lehnte das Ansinnen ab. Doch wer verbirgt sich hinter dem Stiferrat um Neven DuMont? Es ist ein Bündnis von mehreren wohlhabenden Kunstfreunden, Familien, Firmen und Institutionen, gewohnt, Herrscher ihres Kosmos zu sein. Aus dieser Sicht ist auch Neven DuMonts Anliegen verständlich, dass der Aufsichtsrat mehrheitlich aus Mitgliedern des Stifterrates zu bestehen hat. Als Vorsitzender des Stifterrates Wallraf-Richartz-Museum stellt Neven DuMont klar, was er unter „moderater Mitwirkung“ versteht. Es soll keine Stiftung im eigentlichen Sinne eingerichtet werden, sondern „wir wollen aktiv und wirtschaftlich gestaltend tätig werden“. (2)

Dieses Zitat aus dem Stifterratsprotokoll vom 25.2.05 umschreibt mehr als deutlich, um was es eigentlich geht. Es geht nicht darum, Geld zu geben, sondern zu bestimmen, wie Zuwendungen eingesetzt werden können.

Die Aufgabe der Stadt ist hier aber eine andere. Ein Museum dient der Sammlung, Bewahrung und Vermittlung und kann nicht als Profitcenter geführt werden. Die Stadt muss all ihren BürgerInnen die Teilhabe an Kultur ermöglichen.

Neven DuMont hat nie einen Hehl aus seinem „Bemühen um Meinungsführerschaft“ (3) gemacht. Selbst der Kölner Stadt-Anzeiger schrieb über ihn, dass er es hervorragend versteht, sich „im Spannungsfeld



ARBEITER
FOTOGRAPHIE
Info:
www.arbeiterfotografie.com

zwischen Pressemacht und –missbrauch zu bewegen“ (3). „Er war und ist ein politischer Verleger“, (3) äußerte sich Hans-Dietrich Genscher anlässlich des 70. Geburtstages von Alfred Neven DuMont. Als Patriarch lenkt Neven DuMont die Geschicke seines Verlagshauses und als solcher mischt er mit, wenn es um den Willen der Kölner BürgerInnen geht. Wortgewaltig tut er seine Meinung kund, um aufzuzeigen, in welche Richtung marschiert werden muss, um die Stadt Köln zu retten. Am Beispiel des Rennvereins macht DuMont auch direkt klar, welche Partei sich für Köln und die BürgerInnen einsetzt: „Die CDU will, die SPD und Grüne wollen nicht, nämlich den gewünschten Plan, um das Gelände der Rennbahn zu sichern, zur Bebauung freizugeben und damit das Unternehmen sanieren. Die Reichen sollen es doch richten.“ (1)

Aber damit nicht genug, Neven DuMont zeigt auf, dass auch die Wählerschaft von Rot/Grün, die „einfachen Bürger“, mit diesen Parteien keinen Spass mehr haben können. „In schöner Blauäugigkeit wird verkannt, dass eine viertel Million Menschen im Jahr zur Rennbahn eilen. Einfache Bürger, die mit ihren Familien kommen und ein bisschen Spaß haben möchten. Wollen die SPD und die Grünen die Verantwortung tragen, dass dieses Völkchen jetzt in Zukunft nach Düsseldorf zur Rennbahn auswandern muss?“ (1) Spätestens jetzt ist klar, wohin die Reise geht.

Wieso dieser Artikel zu diesem Moment? Die Wahlen für den Stadtdirektor und Wirtschaftsdezernenten standen kurz bevor. Eine mögliche Erklärung ist: Neven

DuMont wollte Einfluss nehmen, um die geschwächten Konservativen zu stützen.

Damit die LeserInnen auch ja auf den rechten Weg gebracht werden, folgt am 11.5.06 ein weiterer Artikel im Kölner Stadt-Anzeiger „Die Bürger sind Kölns Stärke“ von Franz Sommerfeld. Auch hier wird kein Zweifel daran gelassen, wer sich den BürgerInnen verpflichtet fühlt. „Als Einziger fordert CDU-Fraktionschef Walter Granitzka, die Dinge wieder mehr aus der Sicht der Bürger zu sehen“. (4)

Hier schildert Franz Sommerfeld, als Chefredakteur der Linie des Verlages verpflichtet, welches Verhältnis denn SPD und Grüne zur Kölner Bürgerschaft haben. „Die gegenwärtige Debatte legt das politische Verständnis des rot-grünen Kernbündnisses offen und schafft schmerzliche Klarheit. Die Grünen-Fraktionschefin fertigt den Wunsch von jährlich 250 000 Rennbahn-Besuchern nach Erhalt der Sportstätte als ‚Klientel-Interessen‘ ab. Und ebenso die Spenden in Millionenhöhe, die große Unternehmen für das Wallraf-Richartz-Museum aufbringen. Wie lange werde diese sich einen solchen Ton gefallen lassen?“ (4)

Doch Fakt ist, der Oberbürgermeister hat keine Mehrheit mehr. Eine bittere Pille für Herrn Neven DuMont, doch auch er wird diese Realität zur Kenntnis nehmen müssen.

Claudia Borchard

Quellen:

- (1) Kölner Stadt-Anzeiger vom 4.5.2006
- (2) Stifterratsprotokoll vom 25.2.2005
- (3) Taz Köln vom 31.05.2001
- (4) Kölner Stadt-Anzeiger vom 11.05.06

Aus den Ausschüssen:



Lovis Corinth: Geburtstagsbild für Charlotte

■ Kunst und Kultur

Bildnis der Versöhnung

Das NS-verfolgungsbedingt entzogene Gemälde „Geburtstagsbild für Charlotte“ des deutschen Malers Lovis Corinth von 1911 aus dem Verwahrbestand des Wallraf-Richartz-Museums am Rathausplatz wurde jetzt endgültig in den kommunalen Museumsbestand aufgenommen. Das 1951 für 21.000,- DM auf dem Kunstmarkt erworbene Bild gehörte zur NS-Raubkunst: Ursprünglich hat sich davon ein Berliner jüdischer Kunstsammler trennen müssen, um die „Reichsfluchtsteuer“ zu zahlen und sein Leben vor der Ermordung in einem KZ zu retten. Seine beiden Söhne haben nun in großzügiger Weise auf die Rückgabe aus persönlichen Gründen verzichtet, wenn die Stadt Köln ihrerseits 15.000,- Euro für gemeinnützige Zwecke nach Wahl der Erben zahlt. Das tut sie. Und das ist gut so.

Die Fraktion Die Linke.Köln sieht in der Rückgabe (Restitution) erneut einen Anlass, nachhaltig eine museenübergreifende Personalstelle Raubkunst in der Stadt Köln ab 2007 zu fordern. Sie könnte auch landes- oder sogar bundesweit tätig sein, sofern hierfür zusätzlich finanziell und gesetzlich Dritte wie Land, Bund und EU einstehen.

Wolfgang Breuer

■ Kunst und Kultur

Sanierung sichert Zukunft der Bühnen

Die Kulturverwaltung hat dem Rat zur Sitzung am 22.6. eine umfangreiche gutachterliche Beschreibung der „Zukunft der Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Gesichtspunkte“ vorgelegt, die ihm als Entscheidungsgrundlage für einen Grundsatzbeschluss dienen soll. Das denkmalge-

schützte Riphahn-Opernhaus ist ein halbes Jahrhundert alt, Haus- und Bühnentechnik sind total überaltert, alle Gebäudeteile bedürfen dringend einer grundlegenden Sanierung. Rücklagen für Renovierungen wurden – wie bei den maroden Schulen – nicht gebildet. Das vorgelegte Finanzierungskonzept muss noch auf seine Belastbarkeit geprüft werden.

Von sechs Sanierungsalternativen, darunter auch eine temporäre Notsanierung sowie einen Neubau an der Deutzer Werft, Breslauer Platz oder Ebertplatz, favorisiert die Verwaltung die Alternative 5, nämlich die „Vollversion mit Optionen und Neubau Schauspielhaus“. Produktions- und Spielbetrieb sollen wieder am Offenbachplatz zusammengeführt werden. Werkstätten und Proberäume kehren wieder ins Haupthaus zurück. Die Westseite mit den zwei Verwaltungstrakten und der Anlieferhof wird mit einem 6-geschossigen Werkstatt- und Verwaltungsgebäude überbaut. Dafür muss man den südlichen Flügel zurückbauen. Eine Studiobühne als Ersatz für die Schlosserei und eine Spielstätte für die Kinderoper sollen ebenfalls mit eingerichtet werden. Die Opernterrassen (Restaurant) werden abgerissen und an seiner Stelle ein Theaterneubau errichtet. Hierfür wird der Altbau ebenfalls niedergehauen.

Die reinen Herstellungskosten sind für die Alternative 5 mit 192.597.000 Euro veranschlagt, darin sind allein rd. 26% Planungskosten bis zum Baubeschluss enthalten. Für die Bauplanung im Detail werden etwa zweieinhalb Jahre benötigt. Mit Sanierung, Umbau und Neubau könnte demnach frühestens Anfang 2009 begonnen und im April 2012 geendet werden, vorausgesetzt, der Rat gibt alsbald seine Zustimmung zur Veranschlagung von 1,5 Mio. Euro im Wirtschaftsplan der Bühnen für die Projektsteuerung, Projektleitung, die Auslobung eines Architekturwettbewerbes und Preisgelder.

Die Fraktion Die Linke.Köln wird der Verwaltungsvorlage zustimmen, weil eine Metropole wie Köln ein funktionierendes Opern- und Schauspielhaus braucht. Außerdem ist keine Finanzierung über private-public-partnership- oder Investoren- und Fondsmodelle vorgesehen, sondern über Kommunalkredite.

Wolfgang Breuer

■ Sportausschuss

Keine Plätze für Freizeitsportler?

Auf der letzten Sitzung des Sportausschusses erhielt der allseitige Freudentaumel über den gelungenen Start der Fußball WM in Köln einen kräftigen Dämpfer. Die Verwaltung teilte mit, dass die Wiederherstellung der Spielflächen am Müngersdorfer Stadion fast ein ganzes Jahr in Anspruch nehmen soll. Die Spielflächen sind durch die WM und ein Robbie-Williams-Konzert ziemlich ramponiert. Durch Verfahrensvorgaben (Ausschreibung etc.), so die Verwaltung, sei es nicht möglich, die stark frequentierten Flächen den Breitensportlern (Freizeitsportler der „Bunte Liga“ und viele mehr) früher wieder zu Verfügung zu stellen. Auch wenn die WM und das Williams-Konzert nur wenige Wochen bzw. Tage dauern und ziemlich kommerzielle Angelegenheiten sind, ist dafür riesiger öffentlich finanziert Aufwand getrieben worden. Gleichzeitig wird wenig Anstrengung für hunderte von Freizeitkicker aufgewendet, die mit ihrem Tun auch eine wichtige soziale Funktion erfüllen. Das kann nur als Skandal bezeichnet werden. Tatsächlich waren im Sportausschuss fast alle Mitglieder empört. Die Linke.Köln wird versuchen, auf die Verbesserung bzw. Erschließung alternativer Spielflächen zu drängen. Möglichkeiten gäbe es am Mediapark, am Fernsehturm und auf den Grünflächen zwischen Zollstock und Raderberg. Dort könnten teilweise bereits genutzte, sehr holperige Spielflächen durch gegebene Maßnahmen in einen besseren Zustand versetzt werden.

Felix Schulte

■ Rat

Umwandlung der SBK in eine gGmbH lehnt die Linke ab

Etwa 3000 Menschen werden in den Zentren für Senioren und Behinderte, kurz SBK, von 1250 Beschäftigten betreut und gepflegt. Dieser wichtige große kommunale Betrieb für die soziale Gesundheitsversorgung der Kölner soll jetzt in eine GmbH umgewandelt werden. Die Beschlussvorlage, die auf der Ratssitzung am 22. Juni verabschiedet werden soll, ist in sich widersprüchlich und gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet.

„Durch spezielle tarifliche Vereinbarungen können Regelungen gefunden werden, die die Konkurrenzfähigkeit der SBK mit den Mitbewerbern auf Dauer sichert. Eine privatrechtliche Organisationsform der SBK lässt darüber hinaus erwarten, dass die Beschäftigten hierdurch eine zusätzliche Motivation erfahren, die sich im noch höheren Engagement ausdrückt.“

Dem Überleitungstarifvertrag ist dann noch zu entnehmen: „Werden übergeleitete

In den Bezirksvertretungen

■ Innenstadt

BürgerInnen sollen wieder kostenlos Zeitung lesen dürfen

Noch vor einigen Monaten konnten Kölnerinnen und Kölner im Pressehaus in der Breite Strasse 72 kostenlos den Stadt-Anzeiger und andere Zeitschriften aus dem Hause DuMont Schauberg lesen. Seit sich diese Einrichtung Service-Center nennt, ist es mit diesem Service für die BürgerInnen vorbei. Gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen war es eine große Hilfe, hier Wohnungsannoncen und Stellenangebote lesen zu können. Auf der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 20.06. legt die Linke.Köln eine Resolution vor, in der an Alfred Neven DuMont und die Geschäftsleitung des Verlages DuMont Schauberg appelliert wird, diese Praxis wiedereinzuführen. Damit würde DuMont Schauberg in den Kreis der anderen führenden Zeitungsverlage Deutschlands zurückkehren, bei denen das ebenfalls praktiziert wird. Außerdem wurde es gut zu Alfred Neven DuMonts moralischen Verpflichtungen als Ehrenbürger passen. Zur Zeitpunkt des Druckes dieses Artikels war noch nicht abzusehen, wie die anderen Parteien in der Bezirksvertretung Innenstadt abstimmen werden. *Bahri Gülsen*

■ Nippes

Neues Schauhaus für die Flora

Wegen Baufälligkeit und Einsturzgefahr muss das alte Tropenhaus in der Flora abgerissen werden. Eine Initiative hat sich für den Neubau stark gemacht und ein Konzept zur Realisierung erarbeitet. Das neue

freiwillige Leistungen bei der Stadt Köln nicht mehr gewährt, werden sie auch bei der SBK gGmbH nicht mehr gezahlt.“

Die Arbeit soll verdichtet und die Löhne gesenkt werden. Ob das gelingt, sei dahin gestellt. Warum der Personalrat dieses Spiel mitmacht, obwohl sich die Begeisterung im Stadtrat in Grenzen hält, bleibt unklar. Werden Verschlechterungen für die Mitarbeiter mit Aufsichtsratsposten kompensiert? Ermöglichen diese Posten mehr Einfluss auf die spätere Geschäftsleitung, die in Zukunft auch noch mehr verdienen wird?

Die Behauptung, man könne so Kosten sparen, ist Augenwischerei. Schon in der Diskussion um die Umwandlung der Museen in eine GmbH wurde seitens der Ver-

Schauhaus soll den Besuchern die verschiedenen Klimazonen der Erde, und die Pflanzen, die in diesen Klimazonen gedeihen, näher bringen. Dürre Wüstenpflanzen werden ebenso vertreten sein wie die üppige Pracht der Tropen. Zielgruppe des neuen Schauhauses sind Schüler und Studenten, aber auch Spaziergänger, die in der Flora Erholung suchen. Die Kosten für den Neubau sollen circa 5,5 Mio. Euro betragen. Drei Millionen wurden bereits von Sponsoren gesammelt. Nun hat die Verwaltung vor, die Restsumme und einen Teil der Betriebskosten durch Eintrittsgelder einzunehmen. Vorgesehen sind vier, ermäßigt zwei Euro pro Person. In der Bezirksvertretung Nippes hat die Linke.Köln beantragt, generell keinen Eintritt für das neue Schauhaus zu kassieren.

„Eine solche Bildungseinrichtung muss für die Kölner Bevölkerung kostenfrei sein, außerdem entstehen durch das Erheben von Eintritt Folgekosten, somit ist es nicht effektiv, Eintritt zu nehmen“, meint Weisenstein auf der letzten Sitzung der BV Nippes. Leider wurde der Antrag in dieser Deutlichkeit nicht angenommen: Beschlossen wurde lediglich, dass die Eintrittspreise so gering wie möglich ausfallen sollen.

Michael Weisenstein

■ Porz

Breiter Konsens für religiöse Toleranz

DITIB, die türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V., möchte das bisherige Provisorium auf einem eigenen Grundstück an der Bahnhofstrasse durch den Neubau einer Moschee ersetzen und so würdige Bedingungen für die Religions-

waltung darauf hingewiesen, dass auch mit städtischen Eigenbetrieben die Logistik verbessert werden kann. In dieser Rechtsform sind auch Kooperationen mit Dritten möglich.

Der Gipfel der Heuchelei für eine Begründung der Umwandlung in die gGmbH findet man im Gutachten der Wirtschaftsgutachters BDO. Dort ist zu lesen, dass nunmehr eine leichtere Kooperation mit den städtischen Klinken möglich sein, die auch gerade in eine gGmbH umgewandelt wurden.

Bei der neuen gGmbH entstehen erst einmal Kosten von 2.544.000 Euro Grunderwerbssteuer, dazu kommt das satte Gehalt des Geschäftsführers. *Jörg Detjen*

ausübung schaffen. In der Porzer Bezirksvertretung gibt es dafür einen breiten Konsens der demokratischen Parteien.

Anders als in Ehrenfeld, wo sich die Bezirks-CDU mit der Ablehnung des Baus einer repräsentativen Moschee am rechten Rand profiliert, stehen dem Bauvorhaben in Porz alle Parteien mit Ausnahme der Rechtsextremen von Pro Köln aufgeschlossen gegenüber. Ein weiteres Ergebnis der Aussprache über eine von CDU und SPD gemeinsam eingebrachte Beschlussvorlage zum laufenden Bauantrag ist die Erkenntnis, dass ein Zusammenwirken nötig ist, um im Gespräch mit den AnwohnerInnen für ein friedliches Zusammenleben und Toleranz zu werben und den fremdenfeindlichen Parolen von Pro Köln entgegen zu treten. Da der Text von SPD und CDU jedoch auch problematische Vorfestlegungen z.B. hinsichtlich der maximalen Gebäudehöhe trifft, enthielten sich die Vertreter von Linkspartei.PDS und den Grünen der Stimme.

Wolfgang Lindweiler

■ Mülheim

WM-Tickets an Jugendliche vom Don-Bosco-Club verschenkt

Sehr gefreut haben sich die vier jungen Besucher aus der offenen Jugendeinrichtung Don-Bosco-Club in Köln-Mülheim auf die von der Ratsfraktion Die Linke.Köln geschenkten Eintrittskarten für die WM-Spiele in Köln. Matthias Marienfeld, Leiter der Jugendeinrichtung und eine Gruppe von Jugendlichen unterschiedlicher Nationalitäten begrüßten bei der Übergabe der WM-Tickets Ratsmitglied Michael Kellner und Bezirksvertreter Kemal Bozay. „Wir haben uns über das Geschenk der WM Tickets sehr gefreut. In diesem Wohnviertel leben viele benachteiligte Jugendliche, die keine Chancen haben, sich ein WM-Spiel anzugucken. Für sie ist es eine große Motivation“ – so Matthias Marienfeld.

Der Don-Bosco-Club auf der Tiefentalstrasse in Mülheim gehört zu jenen Jugendzentren, die seit mehreren Jahrzehnten vielseitige offene Angebote für Kinder und Jugendliche aus allen Nationalitäten anbieten und auch in der Sozialraumarbeit aktiv tätig sind. Einen wichtigen Schwerpunkt bildet die Arbeit mit jungen Mädchen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Gerade in diesem Wohnviertel (Hacketäuer Siedlung/Tiefentalstrasse) sind sozio-kulturelle Aktivitäten sehr wichtig, vor allem auch deshalb, weil sich hier die Arbeitslosenquote über den Mülheimer Durchschnitt bewegt. Für die Ratsfraktion Die Linke.Köln war es ein wichtiges Erlebnis, gerade durch diese Schenkungsaktion mit Jugendlichen im Sozialraum zusammenzukommen und den Kontakt zu sozialen Einrichtungen weiter zu stärken.

Kemal Bozay

Elternbeiträge: Informationen und Positionen

Mehr Teilhabe für die Kinder von Niedrigverdienern

In ihrem neuesten Etat hat die Landesregierung den Bereich der Kinderbetreuung um ca. 10 Mio. Euro gekürzt und die Kommunen damit schwer belastet. Die Stadt sieht sich nicht in der Lage, die gesamte Kürzung aufzufangen. Sie möchte deshalb einen Teil der Gelder über eine Erhöhung der Elternbeiträge auffangen.

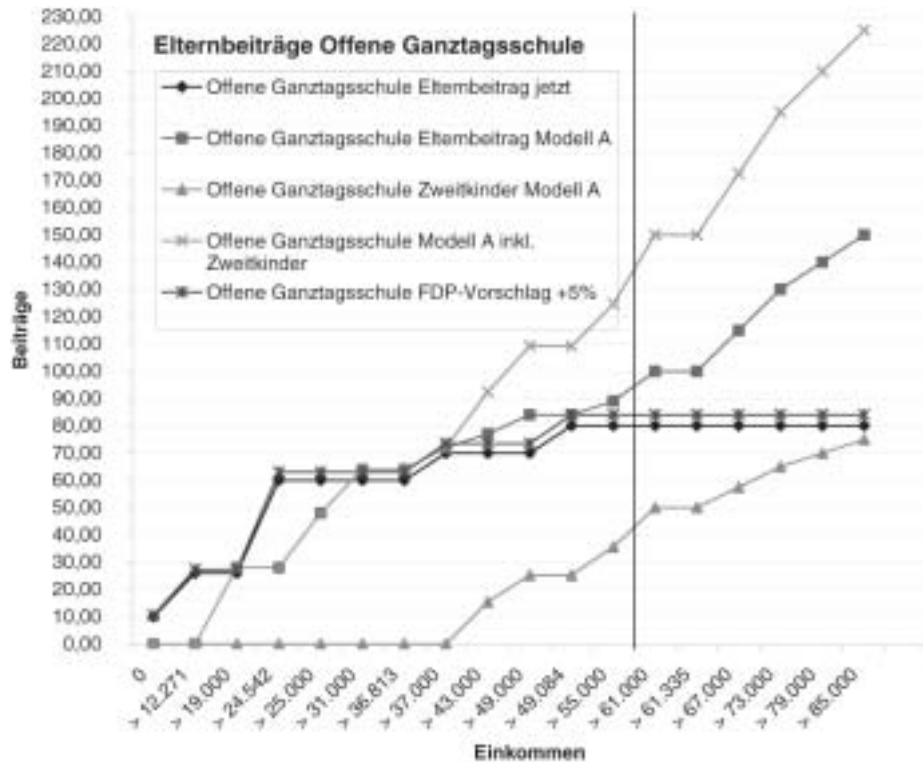
Im Wesentlichen stehen zwei Modelle in der kommenden Ratssitzung zur Abstimmung. Modell A wird von SPD und Grünen unterstützt. In Horten und Offenen Ganztagschulen sollen bis zum (zu versteuernden) Bruttojahreseinkommen von 19 000 Euro keine Beiträge gezahlt werden. Danach beginnt der Beitrag bei 28 Euro. Ab einem Gehalt von 43 000 Euro müssen auch Beiträge für Geschwisterkinder gezahlt werden.

Das Modell C wird von der CDU und mit Abstrichen von der FDP unterstützt. Es hat zum Ziel, bis 2010/11 eine generelle Beitragsfreiheit zu erreichen. Im ersten Jahr sollen Eltern bis zu einem Bruttojahreseinkommen von 15 000 Euro beitragsfrei sein. Für die Offene Ganztagschule gilt erst einmal die alte Tabelle zusätzlich einer Erhöhung von 5-10%. Ab einem Bruttogehalt von ca. 49 000 Euro bleibt der Beitrag bei 80 Euro. Auch kennt die Tabelle nur eine Differenzierung von 6 Gehaltsstufen. Geschwisterkinder sind gebührenfrei. Die Einnahmeverluste sollen durch eine Erhöhung der Grundsteuer ausgeglichen werden.

Die Fraktion Die Linke.Köln steht bei den Modellen kritisch gegenüber. Sie ist generell der Meinung, dass Kinderbetreuung kostenlos sein sollte. Diesen sozialistischen Standpunkt teilt – wer hätte das gedacht – auch die CDU. Die zunehmende Beitragsfreiheit wird in ihrem Modell allerdings auf die nächsten Jahre verschoben und durch die Hintertür der Grundsteuer werden alle belastet. Dafür werden die gut und sehr gut Verdienenden entlastet. Diese Umverteilung lehnen wir strikt ab.

Das Modell von SPD und Grünen hat den Vorteil, dass ca. 40% der Eltern beitragsfrei sind. Allerdings steigt die Kurve der Beiträge hier wie im Modell C viel zu steil an. Die Beiträge für Zweitkinder ab einem Gehalt von 43 000 Euro sollen zwar der Verbesserung der Qualität in der Offenen Ganztagschule dienen. Qualitätssicherung darf aber nicht Sache der Eltern sein, Zweitkinder müssen beitragsfrei sein.

Die Mitglieder der Linkspartei.PDS in der Fraktion Die Linke.Köln werden sich deshalb konstruktiv mit dem Vorschlag von



SPD und den Grünen auseinandersetzen. So wie sie durch die Jahreshauptversammlung der Linkspartei.PDS beauftragt worden sind. Die Alternative wäre: eine lineare Erhöhung der Elternbeiträge um 10% und

Beitragsfreiheit bis 13 000 Euro Jahreseinkommen. Damit würden die Armen weiterhin zur Kasse gebeten. Das kann nicht im Sinne linker Ratspolitik sein.

Michael Kellner

Nein zur Erhöhung der Elternbeiträge für Kita & Co.

Die von SPD und Grünen geplante Erhöhung der Elternbeiträge ist keineswegs sozial – auch nicht nach den jetzt vorgeschlagenen Änderungen bei den Geschwisterkindern.

Es ist nicht richtig, wenn SPD und Grüne davon sprechen, lediglich die „Besserverdienenden“ oder gar „die Reichen“ würden belastet. Die Erhöhung um 10% und mehr belastet sowohl Gering- als auch Durchschnittsverdiener. Wirkliche Reiche schicken ihre Kinder nicht in städtische Kitas. So werden lediglich gut verdienende ArbeitnehmerInnen massiv zur Kasse gebeten.

Diese verquere Art von „sozialer Gerechtigkeit“ muss von der Linken abgelehnt werden. Es handelt sich um „Umverteilung in einer Klasse“: die etwas oder vermeintlich besser verdienenden ArbeitnehmerInnen sollen bezahlen, damit die ganz Armen entlastet werden. So wird der Spaltung zwischen Erwerbslosen und ArbeitnehmerInnen Vorschub geleistet und der Widerstand gegen aktuelle und zukünftige Gebühren-

Erhöhungen geschwächt.

Primäres Ziel des Kernbündnisses ist ohnehin nicht die Entlastung der Familien mit einem Brutto-Jahreseinkommen unter 19.000 Euro, sondern die Haushaltskonsolidierung. Die vom Land beschlossenen Kürzungen sollen teilweise an die Eltern weiter gereicht werden. Dazu kommt, dass die vollmundig verkündete „Befreiung für 40% der Eltern“ eher Ausdruck der Erkenntnis ist, dass viele nicht zahlen können. Schon heute sind rund 25% offiziell von den Gebühren befreit, weitere ca. 7% in der Gruppe zwischen 13.000 und 25.000 Euro zahlen faktisch nicht.

Unser Ziel ist kostenlose Kinderbetreuung und Bildung, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe finanziert durch die steuerliche Belastung der wirklich Reichen, der Banken und der Konzerne. Wir lehnen die Kürzungen auf Landesebene ab und fordern Mittel von Bund und Land ein, damit die Kommunen ihre Aufgaben wahrnehmen können. Gleichzeitig treten wir dafür ein, dass die Kommune keine Kürzungen

Schwarz-Gelb treibt Rot-Grün zum Eigentor

CDU und FDP wollen den Oberbürgermeister und den Stadtkämmerer gegen Rot-Grün in Stellung bringen und wollen im Sozialbereich „ein Controlling ein(zu)richten, um Leistungs- und Ausstattungsstandards mit dem Ziel der Kostensenkung zu überprüfen.“ Man kann sich schon an den fünf Fingern abzählen, was da passieren wird: Ein Vorschlag wird sein, die Kosten für Hartz IV zu senken. Deshalb wird die Linke selbstverständlich den Antrag ablehnen. Sie wird aber auch einen Antrag der Verwaltung ablehnen, den Rot-Grün mittragen will: Eine Haushaltsstrukturanalyse eines externen privaten Beratungsunternehmens soll für 180.000 Euro erstellt werden. Vorbild ist die Stadt Duisburg, die sich von dem Beratungsunternehmen Roland Berger ein Gutachten erstellen

liess. Dieses Gutachten hat unsere dortige Fraktion scharf kritisiert, weil genau das drinstehen wird, was Schwarz-Gelb sowieso plant. In einer Zusammenfassung der Duisburger Stadtverwaltung ist zu lesen:

„In den besonders kostenintensiven Bereichen der Sozialhilfe liegt ein erhebliches Konsolidierungspotenzial. Ein Hebel ist hier beispielsweise die Senkung der Fallkosten für Pflege in Einrichtungen. Im Bereich ARGE soll Arbeitslosengeld-II-Empfängern durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Insbesondere die Senkung der Kosten der Unterkunft ...“

Und selbstverständlich hat das private Beratungsunternehmen die sogenannte PPP-Finanzierung vorgeschlagen. Die Stadt soll nicht mehr selber bauen, sondern

teuer anmieten, das würde Einsparungen bringen. Diese Modelle sind in Köln hinlänglich bekannt, dafür braucht man keine Haushaltsanalyse. Deshalb: Sparen wir die 180.000 Euro. Das sieht das Rechnungsprüfungsamt auch so: „Den Bedarf einer externen Beratung in den von ihnen genannten Bereichen teile ich nicht.“

Der Kämmerer droht mit dem Nothaushalt, wenn er seine Haushaltsanalyse nicht bekommt:

„Die Stadt muss vor dem Hintergrund des drohenden Nothaushaltsrechts alle sich bietenden Chancen zur Sicherung des originären Haushaltsausgleichs nutzen.“

Der Rat sollte dem Votum „seines“ Rechnungsprüfungsamtes folgen und die Vorlage ablehnen!

Jörg Detjen

„Nicht für'n Appel und 'n Ei – 8 Euro Mindestlohn jetzt!“

Resonanz für die Aktionen vor den McDonalds in Sülz und Mülheim

Mit der Forderung „Nicht für'n Appel und 'n Ei – 8 Euro Mindestlohn jetzt!“ fanden am 10. Juni (Samstag) zwei parallel laufende Aktionen vor den McDonalds-Filialen in den Stadtteilen Sülz und Mülheim statt. Mit den Aktionen vor McDonalds wurden vor allem die Armutslöhne sichtbar gemacht, die im Dienstleistungssektor gezahlt werden. Denn gerade der US-Frikadellen-Brater gilt als eines jener Unternehmen, das seinen bundesweit rund 50.000 Mitarbeitern vielfach Einkommen zumutet, die auch bei Vollzeitarbeit deutlich unter einem an der Pfändungsfreigrenze von 985 orientierten Existenzminimum liegen. Die Kölner Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer hat auf der Aktion die NRW-Landesregierung aufgefordert, sich nicht weiter gegen Mindestlöhne zu stellen.

Auch Ratsmitglieder und Bezirksvertre-

ter der Fraktion Die Linke.Köln haben sich aktiv der Forderung „8 Euro Mindestlohn jetzt!“ angeschlossen und an den Aktionen teilgenommen. Für die nächste Ratssitzung hat die Fraktion eine Anfrage zum Thema gestellt. Sie will von der Verwaltung u. a. wissen, wie viele Erwerbstätige ergänzend ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zu niedrig ist oder wie es mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen aussieht.

Kemal Bozay



auf die Eltern abwälzt, sondern ihre Möglichkeiten nutzt, die Konzerne zu belasten. Das zentrale Mittel hierbei ist die Gewerbesteuer.

In der Tagespolitik können wir demnach nur Maßnahmen unterstützen, die in diese Richtung gehen. Konkret heißt das: die Heraufsetzung der Freibetragsgrenze ist von uns zu unterstützen, die Einführung von Gebühren für das Geschwisterkind und die 10%-ige Erhöhung (die in Einzelfällen auch bei Durchschnittsverdienern dramatisch höher liegt) muss im Rat abgelehnt werden.

Die Reaktion vieler Eltern zeigt: die geplante Gebührenerhöhung ist ein guter Ansatz, Menschen für ihre Interessen zu mobilisieren. Die Linke muss die Initiative ergreifen und solidarische Ideen in den Widerstand hineinbringen, um zu verhindern, dass es zur Spaltung zwischen Erwerbslosen und „Besserverdienern“ kommt und Perspektiven aufzuzeigen, wie ein gemeinsamer Widerstand zum Ziel führen kann.

Claus Ludwig

Betreuungskosten verringern Steuerlast

Rückwirkend zum 1. Januar 2006 können mehr Kinderbetreuungskosten abgesetzt werden. Zukünftig werden zwei Drittel davon, höchstens jedoch 4.000 Euro pro Kind bis 14 Jahren angerechnet. Diese Steuererleichterung wiegt die höheren Kosten der Kinderbetreuung bei den unteren und mittleren Einkommen nach dem Modell A auf. Die Auswirkungen der Steuerreform sind allerdings je nach besuchter Einrichtung sehr unterschiedlich. Gerade wenn beide Kinder KiTas besuchen, macht sich der neu hinzugekommene Beitrag für das zweite Kind deutlich bemerkbar. Eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern in der KiTa und einem Jahreseinkommen von 48.000 Euro entstehen jährliche Mehrkosten von 433 Euro. Durch die Steuerreform bleibt dieser Familie gegenüber dem letzten Jahr immerhin ein mageres Plus von 164 Euro. Ist bei gleichem Jahreseinkommen nur ein Kind in der KiTa, das zweite in der OGTS, haben die Eltern künftig allerdings 1.096 Euro im Jahr mehr in der Tasche, allein 523 Euro durch niedrigere Elternbeiträge. Kinderbetreuungskosten sind in dem Maße aber nur abzugsfähig, wenn beide Elternteile erwerbstätig, in Ausbildung, krank oder behindert sind.

Andrea Kostolnik

Platzjabbbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Keine städtischen Aufträge an Rechtsanwälte im Rat

Im Sommer 2003 wurde durch eine Anfrage der damaligen PDS-Gruppe bekannt, dass Ratsmitglieder, die Rechtsanwälte sind, die Stadt Köln häufig in Rechtsverfahren vertreten. Das war eine langjährige, mündlich vereinbarte Praxis. Es sollte angeblich als Ausgleich dafür dienen, dass Ratsmitglieder, die eine Rechtsanwaltskanzlei führen, die Stadt Köln nicht verklagen dürfen.

Zwischen 2000 und 2002 wurden 440 solcher Aufträge an aktuelle und ehemalige Ratsmitglieder vergeben. Das waren vier Fünftel aller Mandate der Stadt. Köln gab dafür insgesamt zwischen 230.000 und 407.000 Euro jährlich aus.

Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtet über den Fall und nannte auch bekannte skandalträchtige Ratsmitglieder, die von der Stadt mit Mandaten versorgt wurden. Auch ausgeschiedene Ratsmitglieder wurden mit Aufträgen bedacht. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stoppte daraufhin diese rechtswidrige Mandatierung. Die PDS kommentierte den Ausgang damals: „Mit dem kölschen Klüngelrecht wird jetzt Schluss gemacht.“

Nach drei Jahren wollte die Fraktion Die Linke.Köln wissen, ob die Verwaltung den Beschluss auch umgesetzt hat. Sie legte daraufhin im nicht-öffentlichen Teil des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen eine detaillierte Liste vor, aus der ersichtlich wird, dass seit 2003 keine Mandatierungen mehr an Ratsmitglieder vergeben werden. *Jörg Detjen*

Biedermann als Brandstifter



0

Gegen den Neubau eines muslimischen Kultur- und Gemeindezentrums mit einer Moschee in Ehrenfeld sammelt eine sogenannte „Anwohnerinitiative“ Unterschriften. Diese Initiative versucht den Eindruck eines „parteiunabhängigen Zusammenschlusses von Ehrenfelder Bürgern“ zu erwecken. Davon kann man aber keineswegs sprechen. Rechtsextreme Akteure machen Stimmung gegen unsere türkischen Nachbarn

und MitbürgerInnen. Sprecherin der sogenannten „Anwohnerinitiative“ ist Marilyn Anderegg, die zur Kommunalwahl 2004 Kandidatin der Republikaner im Wahlbezirk Klettenberg/Sülz I war. Zusammen mit Pro Köln versuchen diese Leute nun zu zündeln.

Wir treten ein für Religions- und Glaubensfreiheit. Für mehr Toleranz – Nur gemeinsam sind wir Köln!